



1. **Rettung kleiner Krankenhäuser**
2. **Fächerbedarfe in unterschiedlichen Schulformen**
3. **Kooperation von Schulen mit Organisationen oder Vereinen zur Registrierung von Stammzellenspendern**
4. **Erster dualer Masterstudiengang Weinbau & Oenologie**
5. **Flurbereinigung**
6. **Coronakrise: EU-weites System zum Austausch von nationalen Warn-Apps startet**

**Online-Portal „Nachgefragt – Gesetze online begleiten“**

Das neue Online-Portal des Landtags Rheinland-Pfalz ist im Oktober 2020 gestartet. Auf dem Portal finden Sie Antworten auf Fragen zum aktuellen **Landeshaushaltsgesetz 2021**: „Was ist ein Haushaltsgesetz? Welche Inhalte hat der Gesetzentwurf? Wie läuft ein Haushaltsverfahren im Parlament ab?“. Daneben bietet das neue Portal auch die Möglichkeit, unmittelbar Fragen zu dem Gesetzentwurf zu stellen. Machen Sie mit unter [www.nachgefragt.landtag.rlp.de](http://www.nachgefragt.landtag.rlp.de).

**1. Rettung kleiner Krankenhäuser**

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13094](#) -

Die Landesregierung betont, dass sie landesweit das Ziel verfolgt, die stationäre Versorgung der Bevölkerung flächendeckend zu sichern. Sie setze sich dabei auch für kleine Krankenhäuser ein, die für eine bedarfsgerechte Versorgung in ihrer Region von großer Bedeutung seien.

Die Landesregierung unterstütze den Fortbestand und die Entwicklung kleinerer Krankenhäuser mit einem umfassenden Bündel an Maßnahmen. Eine verantwortungsvolle Krankenhausplanung müsse jedoch auch den schnellen medizinischen Fortschritt, den tiefgreifenden demografischen Wandel und sich ändernde Rahmenbedingungen auf Bundesebene berücksichtigen. Zukünftig werde beispielsweise ein größerer Teil der stationären Leistungen ohne Nachteile für die Patientinnen und Patienten ambulant erbracht werden können. Die Sicherung einer guten Versorgung der Patientinnen und Patienten erfordere es aus diesen

Gründen auch, für neuartige, zukunftsfähige Versorgungsmodelle offen zu sein. Im **Zukunftsnetzwerk Krankenhäuser Rheinland-Pfalz** würden verschiedene, für die Gesundheitsversorgung zuständige Leistungserbringer eng zusammenarbeiten, um bedarfsgerechte und zukunftsfähige Versorgungsmodelle insbesondere für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum zu entwickeln.

## 2. Fächerbedarfe in unterschiedlichen Schulformen

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13116](#) -

Die Landesregierung weist in ihrer Antwort darauf hin, dass es **nicht einfach** sei, **Lehrkräfte für den Schuldienst in bestimmten Fächern zu gewinnen**. An Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen betreffe dies regional Lehrkräfte für Bildende Kunst, Musik, Informatik, Mathematik oder Physik. An berufsbildenden Schulen seien Lehrkräfte mit berufsbezogenen Fächern sehr gesucht, an Realschulen plus insbesondere in Chemie, Physik, Französisch, Bildende Kunst und Musik. Weiterhin bestehe Bedarf an voll ausgebildeten Lehrkräften an Grundschulen sowie an Förderschulen.

Dennoch sei es zum Schuljahresbeginn möglich gewesen, **fast alle Planstellen mit voll ausgebildeten Lehrkräften** zu besetzen. In Rheinland-Pfalz sei zudem seit vielen Jahren die Einstellung in den Schuldienst im Rahmen des **Quer- und Seiteneinstiegs** möglich, um den Bedarf an Lehrkräften zu decken. Gleichzeitig sei das **Einstellungsverfahren flexibilisiert** worden. So seien Einstellungen auf Planstellen auch an allgemeinbildenden Schulen nunmehr ganzjährig möglich. Ferner bestünde die Möglichkeit, Lehrkräften frühzeitig Vorabzusagen auf eine Einstellung zu geben. Weiter sei der Vertretungspool auf 1 625 Stellen ausgebaut worden.

## 3. Kooperation von Schulen mit Organisationen oder Vereinen zur Registrierung von Stammzellenspendern

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13054](#) -

Die Landesregierung betont, dass **alle 15 Minuten in Deutschland ein Mensch** – darunter viele Kinder und Jugendliche – **an Blutkrebs erkrankt**. Für eine große Anzahl der Betroffenen sei die Stammzelltransplantation die **letzte Chance auf Heilung**. Schulen spielten bei der Suche nach potenziellen Stammzellspendern eine wichtige Rolle. Gesucht würden insbesondere junge

Menschen, da sie in der Regel weniger Vorerkrankungen hätten, meist in einem besseren körperlichen Allgemeinzustand seien und lange zur Verfügung stünden.

Insgesamt gebe es bundesweit 26 Spenderdateien. Die überregionalen Spenderdateien wie die **DKMS** oder die **Stefan-Morsch-Stiftung** böten Typisierungsaktionen an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen auch in Rheinland-Pfalz an. Interessierte Schulen könnten sich eigenverantwortlich an eine Spenderdatei wenden und würden von dieser bei der Planung und Durchführung unterstützt. Registrieren lassen könnten sich Schülerinnen und Schüler in der Regel ab 17 Jahren. Die Daten der 17-Jährigen würden allerdings bis zu deren 18. Geburtstag gesperrt. Erst mit Erlangung der **Volljährigkeit** würden die **Daten für den Suchlauf freigegeben**. Die Organisationen stellten zudem Unterrichtsmaterialien zum Thema „Leukämie und Stammzellen“ für Schulen zur Verfügung, ergänzt z. T. durch Informationsveranstaltungen zum Thema „Blutkrebs und Stammzellspende“, die von Expertinnen und Experten durchgeführt würden.

#### 4. Erster dualer Masterstudiengang Weinbau & Oenologie

Antwort der Landesregierung auf  
eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13082](#) -

Der neue Master-Studiengang „Franco-Allemand Viticulture et Œnologie“ (FAVO) ist ein binationaler dualer Studiengang, der vom Weincampus Neustadt und der Université de Haute-Alsace in Colmar angeboten wird. Dies erläutert die Landesregierung in ihrer Antwort. Zielsetzung sei, weitere grenzüberschreitende Perspektiven für den Arbeitsmarkt in der Weinbranche aller Teilregionen des Oberrheins zu eröffnen. Hierbei werde der Fokus sowohl in der akademischen Ausbildung an den Hochschulen als auch in der Umsetzung in den kooperierenden Betrieben gesetzt. Dies führe zu einem dazu, dass die **Praxisorientierung des Weinbaus** beim Studium nicht verloren gehe. Zum anderen erhalte das Studium auch eine interkulturelle Komponente, da die Studierenden ihre **Praxisphase auch im Partnerland** durchführten.

Der Studiengang werde in deutscher und französischer Sprache angeboten. Die **Sprachkompetenz** würde durch begleitende Kurse während des Studiums ausgebaut und sei somit ein wesentlicher Bestandteil des Studiums.

## 5. Flurbereinigung

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13137](#) -

Um eine **integrierte, nachhaltige Landentwicklung** zu betreiben und gleichzeitig die **Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft** zu verbessern, sind Landnutzungskonflikte zu lösen, erläutert die Landesregierung. So seien Flächen nach Lage, Form und Größe zu ordnen, die notwendige Erschließung zu gewährleisten sowie für die unterschiedlichsten Ansprüche Flächen bereitzustellen. Die ländliche Bodenordnung diene als ganzheitliches Instrument zur Erfüllung dieser Aufgaben.

Aktuell seien in Rheinland-Pfalz **332 Flurbereinigungsverfahren mit einer Fläche von ca. 128 000 Hektar** anhängig. Die Flurbereinigung sei ein komplexes, mehrstufiges Verfahren mit vielen Verwaltungsakten und dauere je nach Verfahrensart 10 bis 15 Jahre. Die anhängigen Verfahren befänden sich in unterschiedlichen Verfahrensständen von der Anordnung über die Bestandserhebung und die Neugestaltung des Verfahrensgebietes bis zum Abschluss des Verfahrens.

## 6. Coronakrise: EU-weites System zum Austausch von nationalen Warn-Apps startet

[Pressemitteilung vom 19.10.2020](#)

In einer Pressemitteilung teilt die EU-Kommission mit, dass viele Mitgliedstaaten **Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps** geschaffen haben, die freiwillig genutzt werden können. Die Kommission habe sie dabei unterstützt, damit die Apps auch sicher miteinander funktionieren. Die Freizügigkeit sei fester Bestandteil des Binnenmarkts. Der **Datenabgleichsdienst** erleichtere dies und werde helfen, Menschenleben zu retten.

Im Kampf gegen das Coronavirus könnten aktuell 18 Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps – darunter auch diejenige der deutschen Bundesregierung – über den Datenabgleichsdienst über Grenzen hinweg reibungslos funktionieren. Daher müssten die Nutzerinnen und Nutzer nur eine App installieren. Wenn sie in ein anderes

teilnehmendes europäisches Land reisten, würden sie auch dort von der Kontaktnachverfolgung profitieren und Warnmeldungen erhalten. Dies funktioniere gleichermaßen in ihrem Heimatland oder im Ausland.

Die Apps würden nach einem bestimmten Protokoll, das mehrere Tests und Kontrollen vorsehe, an den Dienst angebunden werden. Hierzu müssten bereits installierte Apps zuvor aktualisiert werden. In mehreren Schritten würden in den kommenden Wochen und Monaten **weitere Apps in das System eingebunden.**